

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Nicht nachlassen!

Was langfristig wirtschaftspolitisch richtig ist, muss angestrebt werden, auch wenn dies kurzfristig zu Anpassungsschwierigkeiten führen kann. Populistisch motivierte «Kurskorrekturen» sind daher auch nach den Wahlen in Basel abzulehnen.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz

Die «Quittung» für ihre «Abbaupolitik» hätten sie erhalten, die bürgerlichen Parteien. So lauteten zahlreiche Kommentare zu den Grossratswahlen und dem damit verbundenen Linksrutsch anlässlich der Parlamentswahlen in Basel.

Belohnte CVP-Schwenker?

Müssen die Bürgerlichen nun, nach Basel, also hingehen und die Marschrichtung ihrer Politik überprüfen, wenn sie wieder Erfolg haben wollen? Führten die jüngsten wirtschaftspolitischen

Sündenfälle der CVP betreffend Sozialcharta und Investitionsbonus etwa dazu, dass die schlingenden Christlichdemokraten in Basel «nur» zwei Sitze verloren haben?

Mag sein. Doch selbst wenn dem so wäre: es änderte nichts. Eine Korrektur der bürgerlichen Politik als Reaktion auf die Niederlage in Basel wäre grundfalsch.

Eine taugliche Alternative gibt es nicht

Eine taugliche Alternative zur bürgerlichen Politik vermochte die Linke nämlich nicht aufzuzeigen. Sie weigerte sich bloss, die wirtschaftlichen und politischen Realitäten zu akzeptieren, und zieht es vor, dem Wahlvolk wider besseres Wissen Sand in die Augen zu streuen.

Für die Bürgerlichen muss darum gelten: Die begonnene Politik der Liberalisierung muss weitergeführt werden. Was heute not tut, ist eine Politik, die langfristig Resultate erzielt. Und im Grunde genommen wissen alle, wie man handeln sollte, damit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wieder anziehen würden:

- Preisstabilität
- gesunde Staatsfinanzen
- flexibler Arbeitsmarkt
- gute Infrastruktur
- Wettbewerbspolitik, welche Wachstumskräfte freisetzt

In diesen Punkten darf es keine Halbheiten, keine kurzfristig-populistisch begründeten Korrekturen geben.

Neuseeland als Beispiel

Dass auch in Zukunft Widerstände auftreten werden, ist dabei weder neu noch eine Eigenheit



der Schweiz: Neuseeland etwa, heute eines der wettbewerbsfähigsten Länder überhaupt, begann seine Reformen erst unter gewaltigem Druck. Nach einer Phase des Umbruchs mit gewaltigen Strukturveränderungen stellte sich der Erfolg ein – nachhaltig und zum Wohle aller.

Das Beispiel zeigt: Tiefgreifende Anpassungen an den weltweiten Strukturwandel sind weder kurzfristig noch unter Vermeidung jeglicher Anstrengung machbar. Wer wie die Linke anderes behauptet, tut dies wider

besseres Wissen und im Vertrauen auf das kurze Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler.

Was langfristig richtig ist, schafft kurzfristig Anpassungsprobleme. Wer in der Politik überzeugt davon ist, das langfristig Richtige zu tun, muss daher bereit sein, allenfalls kurzfristig Rückschläge in Kauf zu nehmen. Wer dazu nicht bereit ist, darf nicht vorgeben, im Interesse aller zu handeln: denn dann mangelt es ihm entweder an Rückgrat oder er ist schlicht ein Populist.

Der «Freisinn» im neuen Kleid

MRS. Der «Freisinn» wird renoviert! Ab Januar erscheint unsere Parteizeitung in einem neuen Kleid. Im gewohnten Format zwar und weiterhin als Kopfblatt mit insgesamt acht kantonalen und einer schweizerischen Ausgabe, aber frischer und moderner in seiner Aufmachung und in seinem Erscheinungsbild. Und natürlich mit dem bewährten inhaltlichen Mix aus Information, Dienstleistung und Unterhaltung.



Inhalt

- Die Glaubwürdigkeit auch in der Krise behalten: Die FDP-Wirtschaftspolitik und die KMU. Lesen Sie ab Seite **5**
- Ob Weihnachten oder Wahlen: Die FDP hat's. Unsere Geschenkboutique zum Herausnehmen auf den Seiten **10 und 11**
- Gentechnologie im Alltag: Eine Tagung der FDP-Frauen hat geholfen, Informationsbedürfnisse zu stillen. Seite **16**

SCHWEIZERISCHER
LANDESBIBLIOTHEK
HALVYSTRASSE 15
3003 BERN

231

10563

Mediokratie und Narzissmus

Yves Christen,
Nationalrat, Vevey



Die Tribünen des Nationalrates sind immer gut besucht. Oft ist das Publikum hauptsächlich aus Schülern zusammengesetzt, die eine lebendige Lektion in Staatslehre bekommen sollen. Diejenigen, die das Glück haben, eine wichtige Debatte zu verfolgen – was eher selten vorkommt –, können den grossen Fleiss der Parlamentarier bewundern. Meistens sind nämlich die Plätze zwischen den vom Präsidenten angekündigten Abstimmungen im halbkreisförmigen Saal zur Hälfte leer. Wo sind die Volksvertreter geblieben? Sie gehen ihren politischen oder beruflichen Aktivitäten nach oder empfangen Besucher, was ja auch legitim ist.

Es ist aber bedauerlich, dass viele Parlamentarier ihre Hauptaufgabe nicht in den Geschäften sehen, die innerhalb dieses Halbkreises entschieden werden, sondern in der Pflege des Umgangs mit den Journalisten. Mehr als hundert Vertreter der verschiedensten Medien sind berechtigt, Informationen aus dem Bundeshaus zu übermitteln. Um ihre Artikel und Sendungen gebührend ausschmücken zu können, sind sie daran interessiert, die Meinungen und Kommentare der Parlamentarierinnen und Parlamentarier einzuholen.

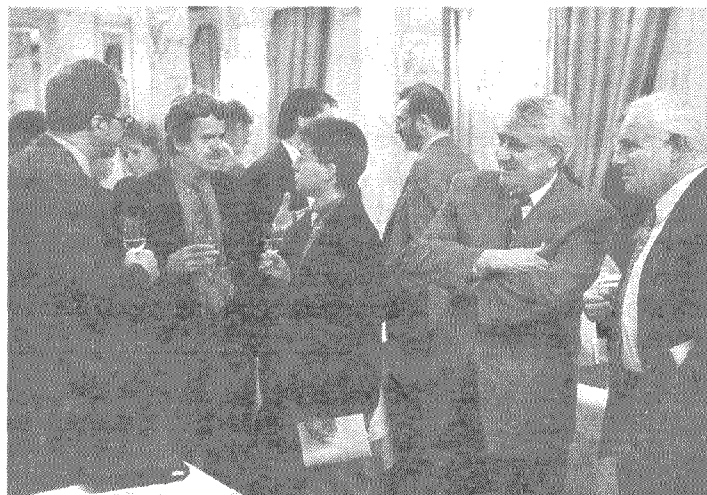
Verschiedene Wege führen zur Bekanntheit

Wie wird man zu einer der bekannten Persönlichkeiten, deren Meinung für die Journalisten von Interesse ist? Einigen Parlamentariern gelingt es, sich durch seriöses Arbeiten, Präsenz und intelligente Voten auszuzeichnen und von ihren Kollegen und den Journalisten angehört zu werden.

Aber es gibt auch all diejenigen, denen die Geduld fehlt, deren intellektuelle Fähigkeiten nicht ausreichen, um sich zu pro-

filieren, oder die ganz einfach den Weg des geringsten Widerstandes wählen. Diese machen auf Demagogie. Sie brauchen die Resonanz der Medien, um beachtet zu werden, und umgekehrt brauchen die Medien diese Parlamentarier, um das publizieren zu können, was die Leute gerne hören möchten.

Nach Ansicht eines Experten des menschlichen Verhaltens handelt es sich hier um eine Form des Narzissmus, die nicht nur in der Politik, sondern auch in der ökonomischen und kulturellen Welt anzutreffen ist. Unsere Gesellschaft entwickelt sich in Richtung Egozentrismus. Diese Tendenz ist sehr beunruhigend, weil sie auf die Lösungsfindung



«Die Politiker müssen aufhören, dem Narzissmus zu frönen»: Treffen der FDP-Fraktion mit Vertretern der Bundeshauspresse am traditionellen «Zibelemärittreffen» vor der Wintersession.

(Photo ruti)

von wichtigen ökonomischen und politischen Problemen, die sich am Horizont des dritten Jahrtausends abzeichnen, erschwerend wirkt.

Zu viele persönliche Stellungnahmen

Für die Schweiz steht politisch viel auf dem Spiel. Die wichtigsten Sorgenkinder heissen unter anderem Europäische Union, Neat, Telecom und Finanzierung der Sozialversicherungen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unseres Landes werden in nächster Zeit über diese wichti-

Verunsicherung herrscht auch bezüglich der Finanzierung der Neat, wo ohne viel Nachdenken die verschiedensten Vorschläge gemacht wurden.

gen Objekte abstimmen müssen. Es ist deshalb dringend notwendig, dass der Bundesrat und die politischen Parteien eine auf einen erreichten Konsens abgestützte Kommunikationsstrategie auf die Beine stellen.

Das kann nur Sache der Parteien und nicht von einzelnen Personen sein, denn dazu ist Besinnung und Überblick nötig. Hier liegt ja auch deren Daseinsberechtigung! Sicher hat es schon

finanzierung der Neat, wo ohne viel Nachdenken die verschiedensten Vorschläge gemacht wurden, sogar, man höre und staune, eine Steueramnestie. Jeder kommt mit seinem persönlichen Vorschlag, ohne viel über die Tragweite seiner Hirngespinnste nachzudenken. Das Volk jedoch, das sich bald dazu äussern muss, versteht nichts mehr.

Eine kohärente Linie beibehalten

Nach Meinung von Eric Hoesli, Chefredaktor der Zeitschrift «Hebdo», besteht die freisinnige Fraktion aus kompetenten, aber leider unter sich gespaltenen Vertretern, denen eine gesamthafte Übersicht zuweilen fehlt. Will man das Profil der Freisinnigen verbessern, ist es sehr wichtig, zu verhindern, dass diese einer Medienhysterie verfallen, die sowieso nur kurzfristig Resultate zeitigt.

Der Freisinn muss sich als die Partei profilieren, der das öffentliche Wohlergehen am Herzen liegt. Dies ist aber nur auf lange

Unsere Gesellschaft entwickelt sich in Richtung Egozentrismus. Diese Tendenz ist sehr beunruhigend.

Frist möglich und verlangt Kohärenz. Es genügt nicht, via Fernsehen in die gute Stube des Bürgers Eingang zu finden, um diesen auch umzustimmen. Überlassen wir diese Methode denjenigen, die Meister auf diesem Gebiet sind. Um das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen, müssen die politischen Parteien konsequent ihre Linie verfolgen und verhindern, dass diese durch halbsbrecherische Einzelaktionen wieder aufs Spiel gesetzt wird.

Dies bedeutet jedoch, dass die Politiker aufhören müssen, dem Narzissmus zu frönen. Sonst laufen sie nämlich Gefahr, in eine totale Medienabhängigkeit zu geraten.

Irene Hartmann: «Arena sehe ich nie»

Welches ist Ihr Lebensmotto?

Leben und leben lassen, kommunikativ und flexibel sein.

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass der Mensch lernfähig ist und die Natur sich immer wieder regeneriert.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die langanhaltende Wirtschaftskrise mit der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Demokratie als Staatsform – Waffen für Kriegsführung.

Was sollte unbedingt noch erfunden werden?

Ein wirksames Medikament zur Bekämpfung der Alzheimer-Krankheit.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Das friedliche Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kultur- und Sprachregionen.

KURZBIOGRAPHIE

Zur Person: Irene Hartmann, von Luzern und Villnachern AG, Primarschule und Gymnasium in Luzern. Studium in Fribourg i. Ü. und Bern. Lizentiat der Rechte, Rechtsanwalts- und Notariatspatent des Kantons Luzern.

Alter: 43

Berufliche Stationen: Rechtsberaterin beim SBY Luzern. 7 Jahre eigene Anwalts- und Notariatspraxis Luzern. Ersatzrichterin am Obergericht und Vizepräsidentin der kanto-



Irene Hartmann: Stadträtin von Luzern seit 3 Monaten.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der Negativismus, der alles und alle zu lähmen scheint.

Wohin führt Europas Zukunft?

Wenn das irgend jemand mit Bestimmtheit sagen könnte, wären wir alle ruhiger und beruhigter.

«Mehrheiten zementieren das Bestehende. Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich.» Trifft diese Aussage zu?

Nicht vollumfänglich, denn wenn eine Minderheit die Mehrheit

nalen Schlichtungsstelle für Mietverhältnisse. 4 Jahre Grundbuchverwalterin Luzern Stadt. Seit 1.9.1996: Stadträtin von Luzern.

Politischer Werdegang: 1988–1996 Mitglied Grosser Bürgerrat. 1995/96 Präsidentin Grosser Bürgerrat. 5. 5. 1996 Wahl zur ersten Luzerner Stadträtin; seit 1. 9. 1996 im Amt als Schuldirektorin und Direktorin für Vormundschaft und Sozialversicherungen.

Liebste Tätigkeit: Mit Freunden über Gott und die Welt diskutieren.

nicht von ihren Anliegen überzeugen kann, wird dieses Anliegen nie von einer breiten Bevölkerungsschicht mitgetragen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politik, wem würden Sie ihn verleihen?

Niklaus von der Flüe.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch ihre/seine offene, unabhängige und überzeugende Art.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich als Individuum mit entsprechender Eigenverantwortlichkeit leben will.

Was ist die Stärke der FDP, wo sind ihre Schwächen?

Sie versucht das Individuum und seine Selbstverwirklichung ernst zu nehmen und steuert konstruktive Lösungsvorschläge zu aktuellen Fragen bei. – Die praktische Umsetzung des theoretischen Parteiprogrammes erweist sich oft als schwierig.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

STICHWORTE

Internet:
Weltweite Vernetzung

Sozialstaat:
Heute im Umbruch

Neat:
Wie geplant unbezahlbar

Agrarpolitik:
In tiefgreifendem Umstrukturierungsprozess

Verfassungsrevision:
Unbedingt anzugehen

Preisüberwacher:
Immer noch notwendig

«Arena»:
Sehe ich nie

Ungeduld – Zuhörenkönnen und Konsensfähigkeit.

Wenn Sie noch einmal wählen könnten: Welchen Beruf würden Sie heute lernen?

Denselben.

Welchen Film haben Sie kürzlich angeschaut?

«Michelangelo».

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Ich hätte gerne Friedrich Dürrenmatt kennengelernt, um mit ihm über Justiz und Recht zu diskutieren.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Alle Sprachen der Welt verstehen und sprechen können.

Welchen Wunsch möchten Sie sich noch erfüllen?

In New York arbeiten und leben zu können. ■

Finanzmärkte und Ökoeffizienz

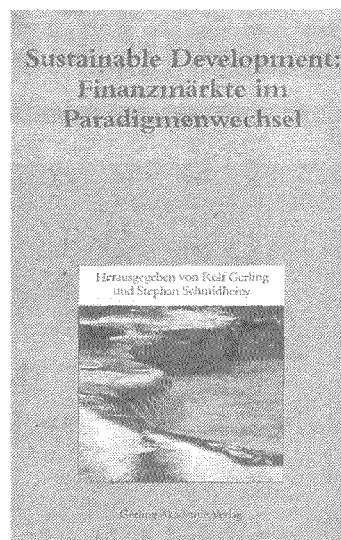
Inwieweit fördern und behindern Finanzmärkte Ökoeffizienz und nachhaltiges Wirtschaften? Der vorliegende Band geht dieser Frage aus Sicht der Banken, Versicherer, Wirtschaftsprüfer und Umweltschützer nach.

Die Umweltdiskussion hat derzeit gesellschaftsformenden Charakter. Für Unternehmen und deren Manager gehört die Auseinandersetzung mit der Umwelt zum festen Bestandteil ihres Aufgabenbereichs, sei es in bezug auf den operativen Handlungsbedarf, sei es in bezug auf die langfristige strategische Ausrichtung.

Umweltschutz ist, um es überspitzt zu formulieren, mehr als Altpapiersammlung und Mülltrennung. Er hinterlässt tiefe Spuren in ganzen Industriezweigen und deren Produktionsprozessen. End-of-the-pipe-Lösungen werden vermehrt in Frage ge-

stellt, Total-quality-control-Ansätze favorisiert.

Umweltfragen betreffen heute nicht mehr ausschliesslich den industriellen Sektor. Bei der Debatte um den Klimawechsel hat die Versicherungswirtschaft eine bedeutende Rolle gespielt. Überdies zeigt sich, dass der Finanzsektor vermehrt ins Zentrum der Diskussion rückt. Die Kernfrage lautet: Inwieweit fördern und behindern die Finanzmärkte Ökoeffizienz und Sustainable Development? Die Beiträge des vorliegenden Bandes konkretisieren und diskutieren diese Frage aus Sicht der Banken, Versicherer,



Wirtschaftsprüfer und Umweltschützer. Eine überraschende Erkenntnis besteht darin, dass nicht nur Banken, Versicherer, Wirtschaftsprüfer, sondern auch Umweltschützer vergleichbare Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Rolf Gerling, Stephan Schmidheiny (Hrsg.): Sustainable Development. Finanzmärkte im Paradigmenwechsel. 104 Seiten. Broschur DM 32.-/6S 237.-/Fr. 32.-, ISBN 3-980-3352-5-9. Bereits erschienen.

Gentechnikrecht

Dieses Werk, entstanden im Auftrag einer parlamentarischen Kommission, vermittelt eine umfassende Übersicht über den Stand und die Grundzüge des schweizerischen Gentechnikrechts im extrahumanen Bereich.

Es informiert insbesondere über die Entwicklung der Bundesgesetzgebung und über die noch ausstehenden Regelungen. Detailliert wird zum Vergleich das EU-Gentechnikrecht präsentiert. Sodann werden die am 21. Dezember 1995 beschlosse-



nen neuen Bestimmungen zur Gentechnik im Umweltschutzgesetz, die nächstes Jahr in Kraft treten sollen, vorgestellt und kritisch gewürdigt. Schliesslich werden Vorschläge für das weitere Vorgehen und für die Sanierung der bisher noch lückenhaften Rechtslage gemacht.

Das Buch stellt die erste systematische Untersuchung des schweizerischen Gentechnikrechts dar. Es wird für Personen aus Forschung, Industrie, Verwaltungen und Justiz eine höchst wertvolle Informations- und Orientierungshilfe in Rechtsfragen der Gentechnik sein.

Professor Dr. Rainer J. Schweizer, Universität St. Gallen, unter Mitarbeit von lic. iur. Irene Bryner und lic. iur. et dipl. natw. ETH Thierry J. Calame. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1996. 160 Seiten, broschiert, Fr. 45.-, ISBN 3-7255-35-11-6.

Das neue Kartellgesetz

Auf den 1. Juli 1996 sind das neue schweizerische Kartellgesetz und die Verordnung des Bundes über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen in Kraft gesetzt worden. Mit dem neuen Gesetz wurde das schweizerische Recht gegen private Wettbewerbsbeschränkungen totalrevidiert: Die bisherigen Bestimmungen über Kartelle wurden verschärft und jene über unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen präzisiert; erstmals wurde in der Schweiz eine gesetzliche Grundlage zur präventiven Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen geschaffen.

Die Verfasser der Beiträge haben alle in der einen oder andern Form, sei es als Mitglied von Arbeitsgruppen oder publizistisch, bei der Revision des Kartellgesetzes mitgewirkt. Im vorliegenden Band behandeln sie folgende

Roger Zäch (Hrsg.)

Das neue schweizerische Kartellgesetz



Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich

Themen: Überblick und allgemeine Bestimmungen – zwölf Charakteristika des neuen Kartellgesetzes (Marino Baldi), die

unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen (Christian J. Meier-Schatz), die Unternehmenszusammenschlüsse (Jürg Borer), das Kartell-Zivilrecht (Walter A. Stoffel), die Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen (Rolf Dähler), die Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen (Patrick Ducrey), Bestimmungen über Verfahren und Rechtsschutz (Paul Richli).

Das neue schweizerische Kartellgesetz. Herausgegeben von Prof. Dr. Roger Zäch. Schulthess Fachbücher,

Zwingliplatz 2, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 93 36, Fax (01) 261 63 94. 1996, XXVIII, 202 Seiten, broschiert, Fr. 62.- (+ Versandkosten) ISBN 3-7255-3-517-5.

Die Glaubwürdigkeit auch in der Krise behalten

Trotz Aufschwungverheissungen in vielen Prognosen stehen wir Ende 1996 bei den Arbeitslosen wieder da, wo wir 1993 waren. Die Arbeitslosenquote betrug im September 1996 4,6 Prozent. Dies sind 166 409 Betroffene. Auf Ende Jahr erwartet man einen Anstieg auf bis 180 000. Damit sollte nun allen klar sein: Wir sind mit mittel- und längerfristigen Strukturproblemen konfrontiert. Dies hängt zusammen mit der Globalisierung der Wirtschaft, mit der eher desolaten Beschäftigungssituation in Westeuropa und mit Fehlentwicklungen im eigenen Haus, welche zu einer Überforderung des Staates und der Wirtschaft führten.

Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident FDP Schweiz

Trotz dieser Erkenntnis macht es sich die SP – wieder einmal – einfach: Ihre Rezepte in der Wirtschaftspolitik fordern die Nationalbank dazu auf, den Geldhahn zu öffnen, um der Exportindustrie und dem Tourismus angenehme Wechselkurse zu garantieren, die Sozialausgaben und die Löhne zu erhöhen, um die Binnenwirtschaft anzukurbeln, die Bundesausgaben – das heisst die Bundesschulden – zu steigern, mit demselben Ziel, und schliesslich die Währungsreserven der Nationalbank zu plündern.

Hätte die SP recht, dürften wir keine Probleme haben...

Sicher ist eines: Mit einer derartigen Politik wäre das «Problem»



«Wer das Loch gegraben hat, jammert am lautesten, dass es so tief ist.» FDP-Präsident Franz Steinegger an der Delegiertenversammlung der Freisinnigen vom 19. Oktober in Basel. (Photo ruti)

des harten Frankens gelöst – gründlich und langfristig! Das Vertrauen in unsere Währung wäre erschüttert, und statt an der D-Mark könnten wir uns künftig an der Lira orientieren.

Würde es zutreffen, dass mit staatlicher Schuldenpolitik Wachstum und Beschäftigung erreicht werden kann, so müssten wir heute Vollbeschäftigung haben. Denn der Bund hat noch nie mehr Geld ausgegeben, die Schulden und der Staatsanteil an der Leistung der gesamten Volkswirtschaft waren nie höher als heute. Trotzdem beträgt die Arbeitslosenquote zurzeit rund 4,6 Prozent. Auch in den Kantonen ist zu beobachten: Wer die höchste Verschuldung aufweist, hat in der Regel auch am meisten Arbeitslose.

Wachstum, das steht ausser Zweifel, hat positive Effekte auf die Beschäftigung. Im Gegensatz zu früher besteht aber in den letzten eineinhalb Jahrzehnten kein eindeutiger Zusammenhang mehr zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Entscheidender als Wirtschaftswachstum – insbesondere wenn dieses über

Pump finanziert wird – ist ein flexibler Arbeitsmarkt und eine vernünftige Lohnpolitik mit vertretbaren Lohnnebenkosten.

Das Vertrauen zurückgewinnen

Unser Problem besteht in der fehlenden Konsumnachfrage. Verfügbares Einkommen ist vorhanden, es wird aber nicht ausgegeben. Dieser Zustand wird so lange anhalten, als ein Vertrauensproblem besteht. Nun ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung kein Vertrauen hat, wenn etwa von Sozialabbau gesprochen wird, obwohl die Sozialausgaben weiterhin stark wachsen, oder wenn das Wort «Sparwut» die Runde macht, obwohl die Staatsausgaben laufend über dem Wirtschaftswachstum liegen und es bei den aktuellen Sparbemühungen immer noch darum geht, lediglich die Ausgabenzuwächse zu bremsen.

Die Rezepte sind längst bekannt

Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist nicht allein durch

einen konjunkturellen Abschwung gekennzeichnet. Es sind vielmehr die erwähnten mittel- und langfristigen strukturellen Herausforderungen, denen sich unsere Wirtschaft gegenüber sieht. Kurzfristiger Aktionismus, der in spektakuläre, aber letztlich wirkungslose Feuerwehrlösungen mündet, ist zur Bewältigung dieser Herausforderungen denkbar ungeeignet. Er muss einer Politik weichen, die langfristig Resultate erzielt. Und im Grunde genommen wissen alle, wie man handeln sollte, welche Beiträge von seiten des Staates kommen müssten, damit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wieder anziehen würden:

- Preisstabilität
- gesunde Staatsfinanzen
- flexibler Arbeitsmarkt
- gute Infrastruktur
- Wettbewerbspolitik, welche Wachstumskräfte freisetzt

Die Situation ungeschminkt darstellen

Fazit: Wer nicht den Mut aufbringt, die Situation so darzustellen

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

len, wie sie ist, und die Bevölkerung auf die notwendigen Anpassungen einzuschwören, produziert zwangsläufig Seifenblasen und Sinsalabim. Da, wo politische Vorteile erwartet werden, wird über die realen Gegebenheiten hinaus Angst und Schrecken verbreitet.

So spricht die Linke von Sozialabbau, obwohl die Sozialausgaben absolut und relativ wachsen. Oder es wird von Sparwut geredet, obwohl die Staatsausgaben laufend über dem Wachstum der Wirtschaft und der Einnahmen liegen und obwohl für 1997 nichts anderes vorgesehen ist, als die Ausgaben auf der Höhe des Vorjahres zu stabilisieren. Wir sparen nicht, wir bekämpfen lediglich Ausgabenwachstumsraten. Aber eben: Wer das Loch gegraben hat, jammert am lautesten, dass es so tief ist.

Strukturanpassungen sind unausweichlich. Die politische Arbeit muss darin bestehen, diese unausweichlichen Massnahmen offen auf den Tisch zu legen, die Strukturanpassungen zu fördern und nicht zu behindern und die Kosten dieser Prozesse möglichst gerecht auf viele Schultern zu verteilen.

Die Politik steht also wieder einmal vor ungezählten Herausforderungen. Immerhin: Die Ausgangslage für die FDP präsentiert sich nicht schlecht. Sie hat die Prioritäten von Anfang an korrekt gesetzt und auch die wirtschaftliche Grosswetterlage richtig eingeschätzt. Und sie hat ihre Positionen konsequent verfolgt. Damit hat unsere Partei auch in der Krise nicht an Glaubwürdigkeit verloren. ■

«Wider den Mäkelgeist in unserem Land!»

Warum gesunde Staatsfinanzen so wichtig sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz und welche anderen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit es wieder aufwärts geht, erklärt Bundesrat Kaspar Villiger.

Herr Bundesrat Villiger, was sind die Grundvoraussetzungen, die wir erfüllen müssen, damit es mit der Schweiz wirtschaftlich aufwärts geht?

Bundesrat Kaspar Villiger (K.V.): «Noch hat der Wirtschaftsstandort Schweiz viele Trümpfe: attraktive Steuerquote, gute Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte, tüchtige Verwaltung, tiefe Teuerung, günstige Zinsen, politische Stabilität, liberale Rechtsordnung usw.

Viele Unternehmen haben sich für die Zukunft fit gemacht. Und wenn die Reformen der politischen Grossbaustelle Schweiz wie Verfassungsreform, Sanierung der Bundesfinanzen und Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelingen, sind wir gut gerüstet für das nächste Jahrhundert.

Jetzt müssen wir wieder an uns glauben, zupacken statt bremsen, Risiken eingehen statt Besitzstände verteidigen, gemeinsam Lösungen suchen statt an allem herumzumäkeln. Dann werden wir es schaffen!»

Ist denn die Sanierung der Bundesfinanzen tatsächlich so wichtig?

K.V.: «Ein Staat mit zerrütteten Finanzen ist kein guter Wirtschaftsstandort und kein sozialer Staat. Wenn sich die Schulden weiter häufen, müssen wir immer mehr Steuergelder für die Zinsen ausgeben.

Mit der Anhäufung von neuen Schuldenbergen lässt sich auch keineswegs die Wirtschaft stimulieren. Im Gegenteil: Es entsteht

Bundesrates, mit dem Sanierungsplan 2001 die Defizite zu beseitigen!»

Ist der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, ausgelöst durch die Globalisierung, eher eine Gefahr oder eher eine Chance für die Schweiz?

K.V.: «Das hängt ganz von uns ab. Wer dem Wandel wie das Kaninchen der Schlange entgegenblickt, wird es nicht schaffen. Wenn wir aber die Chancen der vergrösserten Märkte wahrnehmen und unsere wirtschaftlichen und politischen Strukturen daran anpassen, können wir mit guten Produkten weltweit ebenso erfolgreich sein wie während der letzten Jahrzehnte.»

Sie glauben also an eine Zukunft der Schweiz in Wohlstand?

K.V.: «Ja. Unser Land hat schon manche Krise gemeistert. Ich sehe nicht ein, weshalb es uns nicht auch diesmal wieder gelingen sollte.»

Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für das Interview.



Inflationsgefahr, die Zinsen steigen, und die Investoren verlieren das Vertrauen in den Wirtschafts- und Finanzplatz. Unsere künftigen Generationen werden mit Schulden belastet, obwohl sie auch die demographischen Veränderungen zu bewältigen haben werden.

Alle Erfahrungen zeigen, dass nur gesunde Staatsfinanzen die Basis bilden für einen längerfristigen nachhaltigen Aufschwung. Deshalb die klare Zielsetzung des

Bereits jetzt ein Erfolg!

Eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen zur Stärkung des KMU-Standortes und Wirtschaftsstandortes Schweiz wurde an den zahlreichen kantonalen KMU-Hearings der FDP erarbeitet. Diese Lösungsvorschläge wurden bereits an der KMU-Aufschwungssitzung vom 18. November konkretisiert, zu der die FDP Schweiz Spitzenvertreter der Banken und der Bundesverwaltung eingeladen hatte.

Anfang Jahr wird die FDP ihr «Massnahmenpaket zur Stärkung des KMU- und Wirtschaftsstandortes Schweiz» der Öffentlichkeit präsentieren. Im Februar 1997 lädt Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz die freisinnigen Regierungsräte zur KMU-Exekutivsituation nach Bern ein, um die Wirkungen der Umsetzungsmassnahmen auch auf Stufe der Landes- und Kantonsregierungen zu verstärken.

Für die Frühjahrs- und Sommersession wird die FDP eine breite Palette von parlamentarischen Vorstössen einreichen, um die Rah-

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 82 82

Die KMU sind die Stützen der Volkswirtschaft

Der wirtschaftliche Handlungsspielraum ist eng. Wunschrezepte, die zu einem raschen Umschwung führen, existieren nicht! Das sagt Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz.

Herr Bundesrat Delamuraz, was sind die Grundvoraussetzungen, die wir erfüllen müssen, damit es mit der Schweiz wirtschaftlich aufwärts geht?



Die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und dauerhaftes Wirtschaftswachstum schaffen wir nur durch die Sanierung des Bundeshaushalts, die permanente Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie durch die konsequente Öffnung unserer Märkte. Weitere wichtige Massnahmen bilden:

- der Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU;
- die Realisierung des Binnenmarktes Schweiz;
- die KMU-Offensive;
- die Reform der Unternehmensbesteuerung;
- die Reform des Finanzausgleichs;

- die Realisierung der grossen Infrastrukturvorhaben;
- die finanzielle Sicherung unserer Sozialwerke.

Welche Wirtschaftsbranchen werden in Zukunft die Wachstumsmotoren der Schweizer Volkswirtschaft darstellen?

Zwei Branchen weisen ein besonders hohes Wachstumspotential auf: zum einen der Informations- und Kommunikationssektor, zum andern die Gentechnologie. Die Gentechnologie kann jedoch nur dann einen wichtigen Beitrag für die schweizerische Wirtschafts-

entwicklung leisten, wenn die viel zu extreme Genschutzinitiative in der Volksabstimmung abgelehnt wird.

Welchen Anteil werden die KMU zum Aufschwung der Wirtschaft beitragen?

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind die Stützen unserer Volkswirtschaft. 99 Prozent aller Unternehmungen in unserem Land fallen unter die Kategorie KMU, und die KMU stellen über drei Viertel unserer Arbeitsplätze zur Verfügung. Die kleinen und mittleren Unternehmen spielen somit auch für einen Aufschwung unserer Wirtschaft eine entscheidende Rolle.

Der Bundesrat will deshalb die Bedingungen für die KMU auf dem einheimischen Markt mit einer Offensivstrategie verbessern, die auf vier Pfeilern beruht. Erstens müssen Zusammenarbeit und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessert werden. Zweitens braucht es steuerliche Entlastungen für die unternehmerischen Aktivitäten der KMU. Drittens muss das Neu- und Jungunternehmertum gefördert werden (dazu braucht es beispielsweise mehr Risikokapital). Und viertens schliesslich ist mit aller Kraft gegen überflüssige administrative Hürden anzukämpfen.

Welchen Anteil hat jeder Einzelne von uns beizutragen, damit es zum Aufschwung der Wirtschaft kommt?

Jeder Einzelne von uns kann viel zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung beitragen. Wir müssen offen sein gegenüber Neuem: gegenüber neuen Kulturen, neuen Ideen, neuen Werten, aber auch neuen Technologien. ■

Zum Aufschwung beitragen



Die FDP setzt sich mit allen Kräften dafür ein, dass der Staat für die KMU wie auch für die grossen

Konzerne die global besten Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt. Dies ist die Hauptaussage der durch Nationalrat François Loeb erfolgten Orientierung über die KMU-Offensive der FDP anlässlich der Parteipräsidentenkonferenz vom 17. August 1996 in Bern.

FDP-Grundsatzaussagen KMU

Die FDP ist sich dabei bewusst, dass erst eine erfolgreiche Tätigkeit der Unternehmen zum breiten Wohlstand der Bevölkerung führt. Deshalb ist die ungehinderte Entwicklung der freien Unternehmertätigkeit zu verstärken. Die KMU-Politik der FDP setzt sich deshalb nicht ein für protektionistische und wettbewerbsbehindernde Massnahmen. Für die FDP gilt das Prinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Einladung an Unternehmer

Die FDP hat deshalb alle KMU-Unternehmer der Schweiz eingeladen, im Rahmen von öffentlichen Hearings der FDP kundzutun, was die Politik nach ihrer Meinung machen muss, damit es mit den KMU wieder aufwärtsgeht. Den Input der Unternehmer wird die FDP in ein Massnahmenpaket einfließen lassen und daraus Vorgaben für die entsprechenden Initiativen ableiten – und zwar auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene.

Die FDP ruft die KMU-Unternehmer auf, auch weiterhin an den öffentlichen Hearings teilzunehmen.

*Peter Grünefelder,
FDP Schweiz*

menbedingungen für die KMU wie für die gesamte Volkswirtschaft gezielt zu verbessern.

Peter Grünefelder, FDP Schweiz

KMU-OFFENSIVE DER FDP:

Kantonale Hearings

ZH	3	BL	1	TG*	1
BE	3	SH	1	SG*	1
Uri	1	AI	1	TI*	1
LU	1	GR	1	VD*	1
SZ	1	AG	1		
NW	1	GL*	1		
SO	1	FR*	1	* findet noch statt	

76 Vorschläge für den KMU-Standort Schweiz

Hemmnisse beim Export, sinkendes Niveau bei der Ausbildung, fehlendes Risikokapital, fehlende Flexibilität bei den Arbeits- und Öffnungszeiten sowie öffentlich-administrative Vorschriften sind die meistgenannten Probleme, mit denen sich kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) auseinandersetzen müssen.

FDP-Sekretär Roman Messmer, Waldstatt AR

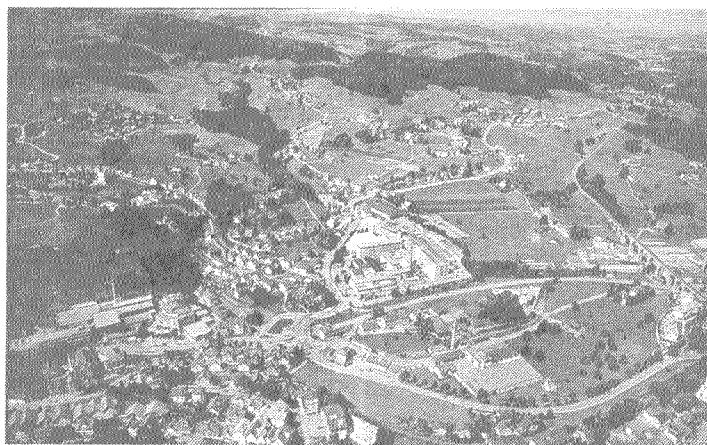


Die FDP AR beschloss an einer Kantonalvorstandssitzung, dieses Thema im Rahmen der gesamtschweizerischen KMU-Offensive aufzunehmen und über verschiedene Massnahmen anzupacken. In einer ersten Phase wurden rund 1700 Betriebe mit einem Fragebogen angeschrieben und um ihre Meinung zu den Problemstellungen der KMU-Unternehmen gebeten.

In einer zweiten Phase wurden in verschiedenen Gemeinden des Kantons Appenzell Ausserrhoden unter der Leitung der örtlichen FDP-Parteivorstände kleinere Gesprächsrunden mit Vertretern des örtlichen Gewerbes durchgeführt, um deren Probleme und Anliegen direkt aufzunehmen.

Grosser staatlicher Handlungsbedarf

Den dritten Teil bildete ein in Herisau durchgeführtes Hearing mit 80 Vertretern von Ausserrhoder Klein- und Mittelunternehmen. Mitgetragen wurde die ganze Aktion auch vom Industrieverein, vom Gewerbeverband, der Stiftung zur Förderung der Ausserrhoder Wirtschaft und



Zum Beispiel Appenzell Ausserrhoden: Das Zusammensitzen mit Vertretern von kleinen und mittleren Unternehmen förderte 76 Vorschläge zutage, wie der Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz gestärkt werden könnte. Im Bild: Herisau, wirtschaftliches Zentrum von AR.

dem Verband Appenzellerland-Tourismus.

Vertreter dieser Verbände moderierten die Gespräche in vier Arbeitsgruppen. Durch «Brainstorming» ermittelten die Gruppen, wo staatlicher Handlungsbedarf besteht, was getan werden muss, um ihnen die Arbeit zu erleichtern. Tagungsleiter Dr. Hans-Rudolf Merz präsentierte die aus 76 erarbeiteten Vorschlägen zusammengefasste Auswertung wie folgt:

Stimmung/Befindlichkeit: die Unternehmer beklagten sich ganz allgemein über eine «Überregulierung». Viele nannten die Vorschriften, Verfahren und lange Prozesse als hemmende Faktoren für die unternehmerische Tätigkeit.

Albtraum Bauen

«Albtraum Bauen»: Zu lange Bewilligungsverfahren mit zu grosser Regeldichte und zu grosser Ausrichtung aufs Bewahren gingen einher mit einer «Pseudo-liberalisierung» im Submissionswesen. Als Beispiele möglicher Öffnung wurden die Privatisierungsmöglichkeiten oder die Ausnützungsziffer beim bäuerlichen Baurecht angesprochen.

Im Umweltbereich wollen die Unternehmer nicht mit Vorschriften und Kontrollen bedacht, son-

dern als Partner mit Know-how einbezogen werden. Statt nur zu kontrollieren, könne der Staat die Hälfte seiner Kräfte in die Ausbildung stecken – gemeinsam mit der Wirtschaft. Die Umweltkosten flossen oft nicht in zielgerichtete Investitionen, sondern in Rand- oder Begleitverfahren.

Schliesslich gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen: Neugründungen von Unternehmen sollten Steuerbegünstigungen erhalten, Unternehmer müssten Suva-Missbräuche besser bekämpfen dürfen, der Kanton soll die Spitalliste veröffentlichen und vieles mehr.

Die Ergebnisse dieser Tagung werden nun im Detail ausgewertet und zum einem an die Mutterpartei weitergegeben, zum andern will die FDP AR daraus Anstösse nehmen und die kantonalen Ämter und Gemeinden damit bedienen.

Letztlich werden die Ergebnisse durch die FDP-Vertreter in Regierungs-, Stände-, National- und Kantonsrat aufgenommen, damit diese die gesammelten Informationen zu einer nachhaltigen Stärkung des KMU-Standortes Schweiz verwenden können.

Die FDP macht Aufschwungpolitik!



Auf Grund des weltweiten Wandels, verursacht durch die Globalisierung, herrscht in der Schweizer Bevölkerung eine weitverbreitete Unsicherheit. Diese Unsicherheit wird verstärkt durch die oft auf kurzfristige Ereignisse und Zeitdimensionen fokussierte Betrachtungsweise.

Die FDP ist überzeugt, dass der Aufschwung machbar ist. Die Globalisierung ist eine Herausforderung, die wir bewältigen können. Die Ausgangslage der Schweiz ist einzigartig, weil wir über eine Reihe von Vorteilen verfügen, die uns den Wandel erleichtern wie z. B. die hohe Arbeitsqualität, der gute Ausbildungsstand der Bevölkerung und die funktionierende Sozialpartnerschaft.

Wir müssen aber zugleich anerkennen, dass wir einige prioritär strukturelle Altlasten mit uns herumschleppen, die dringend abzuwerfen sind. Dies sollten eigentlich alle Parteien einsehen, denn mit Besitzstandswahrung und einer ausgeprägten Partikularinteressen-Politik lässt sich heute und in Zukunft kein Wohlstand für die Schweiz mehr schaffen.

Liberaler Politik als Aufschwungpolitik

Wir sind überzeugt, dass eine solche Politik das beste Aufschwungskonzept darstellt. Dies weisen übrigens auch die wirtschaftlichen Erfolge im Ausland nach, die auf eine liberale Politik zurückzuführen sind.

Die FDP will damit aufzeigen, dass sie mit einer zukunftsgerichteten Politik aktiv zum Aufschwung der Schweiz beiträgt, so dass der Wohlstand in unserem Land in den kommenden Jahren gesichert und sogar gesteigert werden kann.

Christian Kauter,
Generalsekretär FDP Schweiz

Wintersession 1996: Ein gerüttelt Mass an Arbeit

**Christine Beerli,
Ständerätin,
Fraktionspräsidentin**



Nicht nur das Novemberwetter ist kühl und stürmisch, auch in der politischen Arbeit weht uns ein eisiger Wind ins Gesicht. Unser Land ist nicht mehr die ruhige Insel inmitten der stürmischen See. Wir werden vielmehr von den rasanten Entwicklungen in der Weltwirtschaft stark betroffen und recht unsanft durcheinandergeschaukelt.

Rasche Veränderungen und gar Einbussen am gewohnten Lebensstandard verursachen Unsicherheit und Angst. Wir haben diese Ängste ernst zu nehmen, ihnen auf den Grund zu gehen und müssen sie an der Wurzel bekämpfen.

Nicht mit der Angst politisieren

Es gibt genügend Gruppierungen im linken und rechten Parteienspektrum, die mit der Angst politisieren. Die Politik der FDP ist ein Feldzug gegen die Angst. Wir können und müssen aufzeigen, dass unser Land eine Chance hat, im Wandel zu bestehen. Nicht Gartenzaun- und Schiesschartendenken bringen uns weiter, sondern Offenheit, Kreativität, Leistungswille sowie Mut zum Überspringen mentaler Barrieren und Verantwortungsbewusstsein sich selbst und der Gemeinschaft gegenüber.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist besser als sein Ruf. Nutzen wir die starken Seiten (tiefe Zinsen, hohe Arbeitsproduktivität, verhältnismässig günstige Lohn-/Stückkosten, hoher Bildungsstandard usw.) um, darauf aufbauend, die Negativpunkte zu bekämpfen.

Die Wintersession bringt der Fraktion ein gerüttelt Mass an Arbeit. Es stehen in beiden Räten

eine ganze Reihe von wichtigen Geschäften auf der Traktandenliste:

■ Beim Voranschlag 1997 und den dazugehörigen Dringlichen Bundesbeschlüssen stellt sich die Fraktion voll hinter ihren Finanzminister. Sie trägt das Ziel der Haushaltsanierung nach wie vor mit und ist überzeugt, dass wir heute nicht aus Gründen der Einfachheit noch mehr Schulden machen dürfen.

Die Politik der FDP ist ein Feldzug gegen die Angst.

Es geht nicht an, auf dem Rücken späterer Generationen Lösungen für unsere heutigen Probleme zu suchen. Im Budget 1997 steigt zudem der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben von 10,2 Prozent auf 12,6 Prozent an, was ersichtlich macht, dass richtigerweise beim Konsum und nicht bei den Investitionen gespart wird.

■ Die Fraktion wird bei ihrer Arbeit auch der Frage der nachrichtenlosen Vermögen grösste Bedeutung zumessen. Sie wird sich von Herrn Dr. T. Borer, dem Leiter der neu geschaffenen «Task-force», und Herrn Dr. R. Bloch, dem Präsidenten des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes, orientieren lassen.

Mitarbeit, Offenheit und Transparenz sind in dieser Angelegenheit ein «Muss». Festzuhalten ist jedoch auch, dass viele Tatsachen und Beweismittel bereits seit langem bekannt und öffentlich zugänglich sind. Es geht nicht an, aus dem Nichtwissen einzelner Akteure eine unzulässige Geheimhaltung abzuleiten.

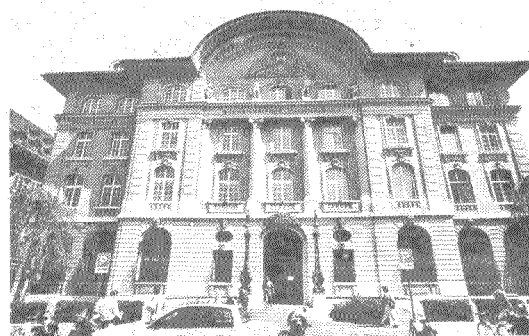
■ Mit Sicherheit kontrovers und lebhaft wird die Fraktion das Geschäft mit dem unverfänglichen Titel «Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, Bau und Finanzierung» abhandeln. Es handelt sich dabei um die Neat-Vorlage

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist besser als sein Ruf. Nutzen wir die starken Seiten, um, darauf aufbauend, die Negativpunkte zu bekämpfen.

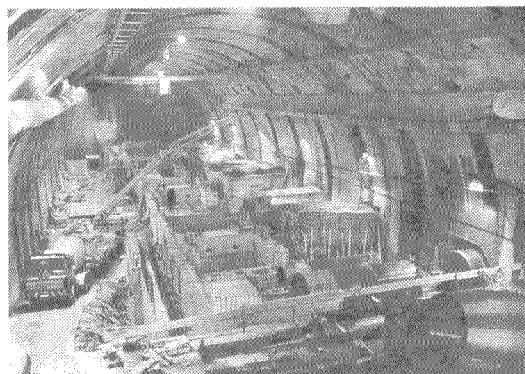
und die unumgängliche Diskussion des «ob und wie» einer Etappierung. Es lebe eine gute Streitkultur! Hart in der Sache und tolerant in der menschlichen Beziehung – nach jeder Auseinandersetzung muss es möglich werden, miteinander einen Kaffee oder ein Glas Wein trinken zu gehen.

■ Last, but not least werden uns im Rahmen der Revision des Post-, des Postorganisations-, des Telekommunikations- und des Fernmeldegesetzes alle wichtigen Fragen im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Fernmeldewesens beschäftigen.

Wahrlich ein seit Jahren verfolgtes freisinniges Anliegen! ■



Gewichtige Geschäfte harren der Entscheide des Parlaments. Bundesfinanzen: Der Rubel rollt nicht mehr; nachrichtenlose Vermögen: Auch die Nationalbank steht unter Druck; Neat: Brauchen wir zwei Tunnels? PTT: Die Trennung in Post und Telecom steht bevor. (Photos stahl, wasserwirtschaft)



Ob Wahlen oder Weihnachten - die FDP hat's!



TALON

Ich bestelle: FDP-Accessoires

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel	à Fr.
—	1001	FDP-Foulard ①	50.-
—	1002	Doppelschirm	30.-
—	1003	Holzschirm	35.-
—	1004	Sportschirm	30.-
—	1005	Windblouson, ___ S, ___ M ③	5.-
—	1008	Krawatte new look	40.-
—	1009	Krawatte classic	40.-
—	1010	Portefeuille mit Agenda ⑤	44.-
—	1015	Anstecknadel FDP ⑥	1.-
—	1016	Konferenzmappe, Leder ⑦	40.-

Streuwerbemittel

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel	à Fr.
—	2003	FDP-Lunches, 5 kg	130.-
—	2003	FDP-Lunches, 1 kg-Packung	28.-
—	2001	FDP-Jubiläums-Pin	5.-
—	2001	PRD-Pin	5.-
—	2001	PLR-Pin	5.-
—	2002	Feuerzeuge (12er-Packung)	20.-
—	2004	Zündhölzschachteln (10er-Packung)	2.-
—	2005	Bonbons, zuckerfrei (500 St.)	32.-
—	2006	Ballone (100er-Packung)	32.-
—	2007	Sonnenhut (12 St.)	10.-
—	2008	Schreibblock A4 (30er-Packung)	15.-
—	2009	Schreibblock A5 (30er-Packung)	10.-
—	2010	FDP-Mütze ⑮	12.-
—	2011	Taxcard FDP ⑯	4.-
—	2012	Wasserball (12er-Packung)	10.-
—	2013	FDP-Tischsets (100er-Packung)	15.-
—	2014	FDP-Kugelschreiber ⑲	70.-
—	2015	FDP-Schlüsselanhänger ⑳	1.20
—	4000	FDP-Kleber rund, 10 cm (200er-Packung)	38.-
—	4002	Kleber «Freiheit gewinnt» (500er-Packung) ㉑	50.-
—	4004	Minikleber FDP, Rolle à 500 St.	2.-

FDP-Dekormaterial

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel	à Fr.
—	4005	Endloskleber FDP/PRD à 20 m	25.-
—	4005	Endloskleber FDP à 20 m	25.-
—	7002	Pressemappe FDP ㉓	1.50
—	7003	Dekorbänder, 3 Rollen à 45 m	18.-
—	7006	Tischkarten ㉕	1.50
—	7007	Tischwimpel FDP/PRD	60.-
—	7008	Referentenpultkleber (5er-Packung) ㉖	30.-
—	7009	Namensschilder FDP/PRD	1.50
—	8000	FDP-Fahne 2.50 x 2.50 m ㉙	400.-

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellschein einsenden an Generalsekretariat FDP, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Forschungsverbote

lähmen die Innovationskraft eines Landes.
Ein Verbot der Gentechnik können wir uns deshalb nicht leisten.

Käthi Bangerter
Nationalrätin
Aarberg



Persönlichkeiten für eine sinnvolle
Bio- und Gentechnologie

forumGEN

Postfach 6276, 3001 Bern
PC 70-105933-9

Ich wünsche weitere Informationen
zur Gentechnologie

36

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

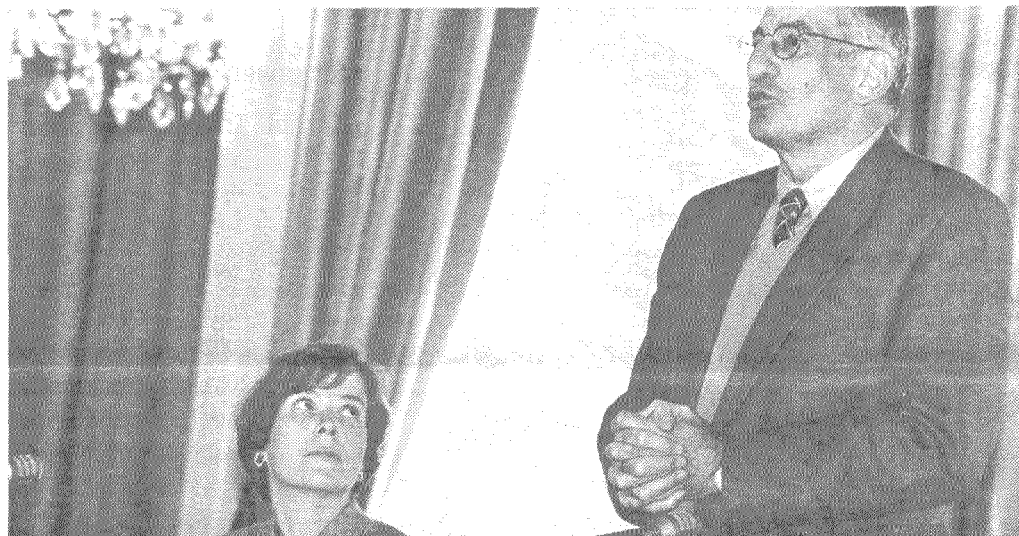
Einsenden an: forumGEN, Postfach 6276, 3001 Bern

Schnappschuss des Monats

Wer hetet da wem was
vor oder nach?

Der scheidende Fraktionspräsident, Nationalrat Pascal Couchepin (VS), und die neue Fraktionschefin, Ständerätin Christine Beerli (BE), anlässlich des traditionellen «Zibelemärit-Treffens» der FDP-Fraktion mit der Bundeshauspresse.

(Photo ruti)



KOLUMNE

Taktik oder Strategie?



Mit einer Task force hat das EDA eine neue Initiative gestartet, um den unserem Land durch das Nazi-Gold und die herrenlosen Vermögen entstandenen Schaden wenn nicht zu beheben, dann doch zu begrenzen. Das ist gewiss richtig und notwendig. Und dennoch drängen sich dazu einige ergänzende Gedanken auf.

Auf ausländische Kritik – von Lord Arron bis zu Senator D'Amato – reagiert die Schweiz mit krankhafter Empfindlichkeit. Helvetias Söhne und Töchter weisen bereits den leisesten

Zweifel an ihrer Grundehrlichkeit und Rechtschaffenheit entsetzt und beleidigt zurück. Nicht Sennenkäppi und Alphorn gehören zu ihrer Tracht, sondern offenbar die blütenreine Weste samt Löffel, aus dem sie die Weisheit gefressen haben. Das ist überheblich. Weitaus angemessener wäre es, uns nicht für Musterknaben und Mustermädchen zu halten, sondern schlicht für ein Volk mit «allergattig Lüüt».

Das verkleinert aufgeladene Schuld in keiner Weise. Aber nur selbstkritische Menschen, die ihre Fehlbarkeit einsehen, leisten einen raschen und überzeugenden Beitrag, begangenes Un-

recht zu bewältigen. Wir müssten deshalb ernsthaft alles Interesse daran haben, unser Image nicht auf atemberaubenden Hochglanz zu polieren, sondern mit menschlichen Zügen zu versehen. Steigen wir doch vom Ross der Selbstgerechtigkeit herunter und begegnen den Ausländern auf gleicher Augenhöhe – nicht bloss taktisch aus aktuellem Anlass, sondern aus strategischem Entschluss.

Denn so zwingend politische Feuerwehrrübungen sein können, so beschränkt ist ihre Wirkung auf die Dauer und in die Tiefe. Wenn uns die Welt wahrnehmen soll als eigenständige, nützliche, interessante und auch zur Fairness bereite Mitbewohner, dann handelt es sich um eine langfristige Aufgabe.

Von sämtlichen Massnahmen, die hierfür zu treffen sind – vom Verhalten des Einzelnen bis zum

gastfreundlichen Tourismus –, sei eine hervorgehoben: die kulturelle Präsenz im Ausland. Sie ist ungenügend. Es mangelt an der kontinuierlichen Kommunikation. Eine kreative und kritische Schweiz übt die Diskretion. Der Pro Helvetia fehlen die Mittel. Nicht alle, die das Bankgeheimnis kennen, kennen auch das Geheimnis unserer kulturellen Schätze. Doch wie soll ein defizitärer Staat das Defizit der Auslandpräsenz beheben? Oder ist ersteres auch eine denkbare Folge von letzterem? Jedenfalls darf überlegt werden, ob sich das Geld für eine Task force mit der Finanzierung einer Cultural force nicht einsparen liesse.

Alex Bänninger, Publizist,
Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich

Das aktuelle Angebot



**Sitzen Sie
erster Klasse:
Im Auto,
im Büro
und zu Hause**

**Die PROF. BACK-Lendenwirbelstütze
sorgt für richtiges, entspanntes
Sitzen und beugt so Rückenschmer-
zen vor.**

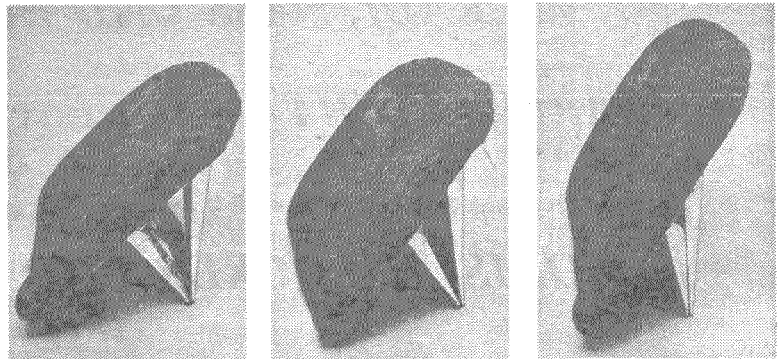
Zu oft wird unsere Wirbel-
säule mit orthopädisch un-
zureichenden Sitzgelegen-
heiten konfrontiert. Und
daraus resultieren vielfach
Schmerzen in der unteren
Rückenpartie. Kein Wun-
der, wenn Sie sich überle-
gen, wie viele Stunden der
Mensch im Sitzen ver-
bringt!

PROF. BACK sorgt für
eine richtige, auf-
rechte Haltung. Ein

kleiner Zusatz – einfach
zwischen Sitz und Rück-
lehne gestellt – mit grosser
Wirkung! Denn mit PROF.
BACK sitzen Sie entspannt
und ermüdungsfrei, auch
noch nach Stunden.

Gönnen Sie sich und
Ihrem Rücken ein Sitzen
erster Klasse. Für nur
Fr. 39.–! Zu Hause, im
Büro, im Auto, auf Reisen
und wo immer Sie gerne
richtig sitzen möchten.

Den Neigungswinkel können Sie individuell nach Ihren
Bedürfnissen vierfach verstellen.



Bestellung:

- 1 Stück PROF. BACK zu Fr. 39.– (zuzüglich Versandkostenanteil)
- 2 Stück PROF. BACK für Fr. 70.– (zuzüglich Versandkostenanteil)
(Sie sparen über 10%!)

Name: _____

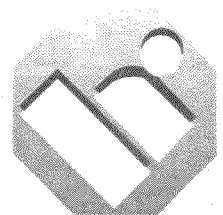
Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

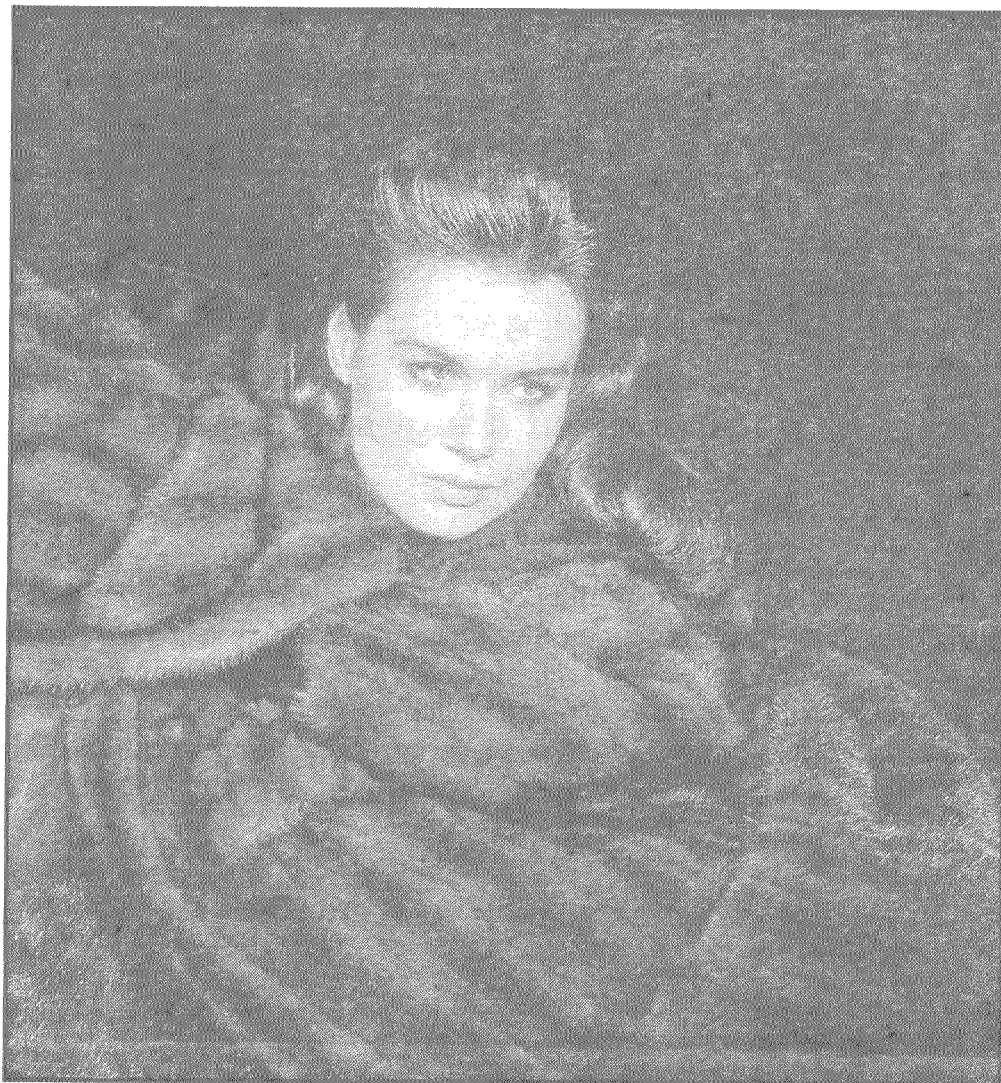
Unterschrift: _____

Einsenden an:



h+p TRADING AG

Südstrasse 8 a
3110 Münsingen
Telefon (031) 721 88 11
Fax (031) 721 88 33



PELZ HELAS



KALT, NASS UND EISIG IST DER WINTER

*WARM, LEICHT UND GESCHMEIDIG UNSERE MÄNTEL
UND SWINGER*

*MODISCH, LOCKER UND GÜNSTIG BEI PELZ HELAS
WIE IMMER*

PELZ HELAS

SEIDENGASSE 10 8001 ZÜRICH TEL. 01/211 41 45

AUS LIEBE ZUM BESSEREN

GERNE 100% WIR ODER 15% RABATT BEI BARZAHLUNG

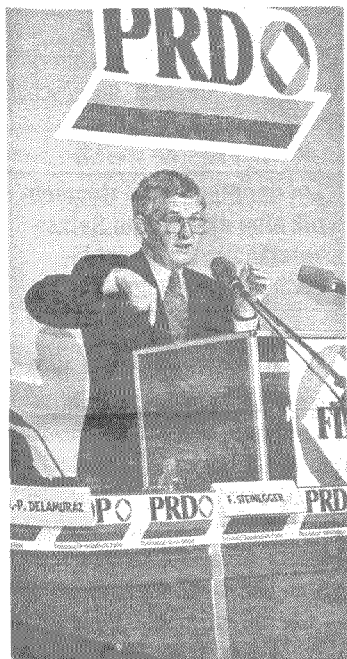
Aus dem Parteilieben des Jahres 1996 (1. Teil)



Pascal Couchepin: Blumen für den zurücktretenden Fraktionspräsidenten an der Delegiertenversammlung in Basel. (Photo ruti)



September 1996: Die neugewählte Fraktionsführung stellt sich der Presse. Vize Gerold Bührer, Präsidentin Christine Beerli, Vize Adriano Cavadini (v. l.). (Photo ruti)



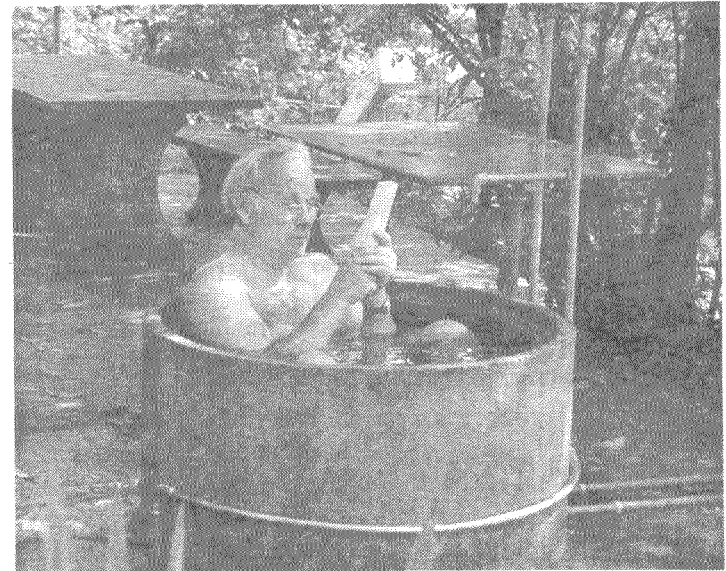
Bundesfinanzen: Noch geht es weiter abwärts. Bundesrat Kaspar Villiger vor den FDP-Delegierten in Basel. (Photo ruti)



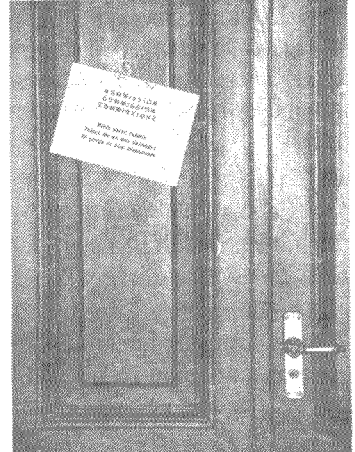
Die kleinen und mittleren Unternehmen im Zentrum: KMU-Podium an der Delegiertenversammlung in Basel. (Photo ruti)



Mit neuem Elan ins Präsidentschaftsjahr: Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz im Januar in Rapperswil. Santé! (Photo ruti)



Walter Schiesser: Nach 15 Jahren als Präsident des FDP-Umweltausschusses endlich die verdiente Musse.



Hinter verschlossenen Türen: Ob Massnahmen zur BSE-Bekämpfung, Telecom-Liberalisierung oder Neat, die Kommissionen standen immer wieder im Zentrum. (Photo stahl)

2. Teil folgt!

Gentechnologie im Alltag

Die Gentechnik wird in der Schweiz seit 25 Jahren angewendet. Doch welchen praktischen Nutzen können Bürgerinnen und Bürger aus dieser Schlüsseltechnologie ziehen? Mit ihrer Tagung «Gentechnologie im Alltag» wollten die FDP Frauen Schweiz in Basel dieser Frage auf den Grund gehen.



Das Vorbereitungsteam des Anlasses, Barbara Meienfisch (links) und Ursula Stähli, ist erleichtert, dass alles geklappt hat.

Brigitte Kaufmann-Arn

Für die Aargauer Regierungsrätin Stephanie Mörkofer-Zwey wäre es fatal, die Chancen der Gen-

technologie nicht zu nutzen. Deregulierung sei jedoch ebenso fehl am Platz. Der Gesetzgeber

Privatdozentin Monica Steinmann-Zwicky, «praktizierende Genforscherin» am Zoologischen Institut der Universität Zürich, veranschaulichte, wie transgene Tiere als Modelle von menschlichen Krankheiten dienen. Das transgene Tier dient dazu, Krankheiten besser zu verstehen, neue Therapien zu entwickeln und deren Wirksamkeit zu überprüfen.



Diskussionsleiterin Franziska Gambirasio (links), Grossrätin Basel-Stadt, im Gespräch mit Franziska Frey-Wettstein und Professor Manuel Frey-Wettstein.

müsse Leitplanken schaffen, innerhalb derer sich die Gentechnologie zwar entwickeln könne. Das Risiko müsse jedoch minimiert und der Missbrauch verhindert werden.

Für Professor Manuel Frey, praktizierender Arzt, Zürich, ist es aus medizinischer Sicht undenkbar, die Anzahl der Gentechnik-Medikamente zu beschränken.

«In der Medizin ist Gentechnik eine akzeptierte Selbstverständlichkeit, nicht jedoch bei Lebensmitteln», so Susan Gerber-Huber, welche über Allergien und die Möglichkeiten von gentechnisch veränderten Lebensmitteln referierte. Zahlreiche Menschen litten an Allergien gegenüber sogenannten «natürlichen» Lebensmitteln wie Kuhmilch, Eier, Fisch oder Getreide. Mit der Gentechnik sei es möglich, Allergene in Lebensmitteln «stillzulegen». Das Nahrungsmittel bleibe sich gleich, es sei einzig das allergieverursachende Gen ausgeschaltet.

«In der Medizin ist Gentechnik eine akzeptierte Selbstverständlichkeit, nicht jedoch bei Lebensmitteln.»

In der Diskussion, welche von Grossrätin Franziska Gambirasio, Basel-Stadt, geleitet wurde, wies Susan Gerber auf die Bedeutung der Gentechnologie im Zusammenhang mit der Welternährung hin. Die Gentechnik sei im Kampf gegen den Welthunger einsetzbar – überall dort, wo biologische oder klimatische Ursachen für eine Unterversorgung auszumachen seien. So könnte Reis, der in Millionen Tonnen durch Pilzerkrankungen geschädigt wird, dank der Gentechnik resistent gemacht werden oder den klimatischen Bedingungen besser angepasst werden.

Die Referenten waren sich einig, dass ein Verbot oder eine unverhältnismässige Einschränkung der Gentechnologie in Forschung, Entwicklung und Produktion unabsehbare negative Folgen (medizinische Grundversorgung, Werkplatz Schweiz, Arbeitsplätze) hätte.

Am Nachmittag widmeten sich die Teilnehmer mit den Referaten von Professor Hans-Jakob Müller und Suzanne Braga, beratende Ärztin, den Berührungspunkten der pränatalen Diagnostik zur Gentechnologie.



«Bei den Genen ist es wie im Militär, es gibt Offiziere und Soldaten. Die einen erteilen Befehle, die andern führen aus», so Monica Steinmann-Zwicky.

In der Schweiz sind zurzeit 26 Medikamente mit gentechnisch hergestellten Wirkstoffen im Einsatz. Darunter befinden sich Substanzen, die bei Erbkrankheiten eingesetzt werden, zum Beispiel Diabetes oder Bluterkrankheit.

Mutterschaftsversicherung

Das neuste Loseblatt der FDP-Frauen Schweiz gibt in aller Kürze Auskunft über die Mutterschaftsversicherung, wie sie von einer überparteilichen Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden ist:

- Bezahlter Mutterschaftsurlaub für erwerbstätige Frauen
- Mutterschaftsleistungen für nichterwerbstätige Frauen
- 100-prozentige Erwerbsausfallentschädigung für Arbeitnehmerinnen während 16 Wochen

■ Viermal die monatliche Mindestrente der AHV für nichterwerbstätige Frauen

Das Loseblatt informiert auch über die vorgeschlagene Finanzierung und die weitere Ausgestaltung (Plafonierung, Anspruchsberechtigung und anderes).

Das Loseblatt kann gratis bezogen werden bei: Beatrice Seiterle-Weiss, Pfaffensteinstrasse 4, 8118 Pfaffhausen.



Bestelltalon

.... Ex. Loseblatt «Eine Mutterschaftsversicherung für die Schweiz»

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ/Ort: _____

...und im FRÜHLING nach SIZILIEN



**9 Tage inkl.
Halbpension
ab Fr. 825.-**



«MS Majestic»

«Italien ohne Sizilien macht gar kein Bild in der Seele: hier ist der Schlüssel zu allem» schrieb Goethe 1787. Diese Worte haben mehr als 200 Jahre später immer noch Gültigkeit. Siziliens blaues und klares Meer, seine endlosen Felsenküsten, die auf ein grenzenloses Panorama blicken, die Schönheit des Landesinneren, die antiken Kunstwerke – alles das macht aus Sizilien ein Schatzkästlein, auf dem viele kleine Perlen von unschätzbarem Wert eingesetzt sind. Diese Reise bietet eine einzigartige, harmonische Mischung aus Kultur und Naturschönheiten.

Reiseprogramm

1. Tag: Schweiz – Genua (an Bord). Hinfahrt via Gotthardtunnel – Tessin nach Genua, wo wir auf ein Fährschiff der «GRANDI NAVI VELOCI» einschiffen. Die Schiffe sind nach dem neuesten Standard konzipiert und gelten als modernste und sicherste Fähren im Mittelmeer. Bezug der Kabinen mit Dusche/WC (Abendessen nicht inbegriffen).

2. Tag: An Bord – Cefalù. Die Minikreuzfahrt nach Palermo dauert etwa 20 Stunden. Geniessen Sie die Überfahrt und entspannen Sie sich auf diesem, mit allen Annehmlichkeiten ausgerüsteten Schiff (Mahlzeiten nicht inbegriffen). Gegen Abend Ankunft in Palermo. Kurzer Transfer nach Cefalù, wo wir für die nächsten 3 Nächte wohnen werden.

3. Tag: Palermo. Fahrt nach Palermo. Auf einer geführten Stadtrundfahrt durch das historische Palermo, lernen wir alle Sehenswürdigkeiten kennen; u.a. besuchen wir auch Monreale, das wohl berühmteste Kloster Siziliens. Am Nachmittag Fahrt nach Cefalù und freie Besichtigung dieser kleinen sizilianischen Perle direkt am Meer.

4. Tag: Ausflug Enna und Agrigento. Fahrt landeinwärts nach Enna, dem höchstgelegenen Punkt Siziliens: Diese Stadt, die auch der «Nabel Siziliens» genannt wird, liegt auf einer Anhöhe (931 m) im Zentrum Siziliens. Nach einem Besichtigungsrundgang Weiterfahrt via Caltanissetta nach Agrigento. Das antike «Akragas», das von den Griechen im 4. Jh. v. Chr. gegründet wurde, zählte zu den reichsten, dichtbevölkersten und mächtigsten Städten der Antike. Im Tal der Tempel, umgeben von Mandelbäumen, können wir u.a. die griechischen Tempel Concordia, Juno und Herakles besichtigen.

5. Tag: Cefalù – Ätna – Taormina/Giardini Naxos. Fahrt via Enna – Catania zum Ätna, dem Herrscher Siziliens. Erleben Sie den grössten aktiven Vulkan Europas. Die Auffahrt ist bis etwa 1800 m möglich. Am Nachmittag Besichtigung der Perle Siziliens: Taormina. Die Stadt ist hoch über dem Meer gelegen und gestattet einen unvergleichlichen Panoramablick über den Vulkan und die Küste. Nach einem Bummel durch die malerischen Gassen der Altstadt erreichen wir am Abend unser Hotel.

6. Tag: Siracusa (fakultativ). Den heutigen Tag widmen wir Siracusa. Die Lage und die grossartige Landschaft sowie die Denkmäler, die an eine glanzvolle Vergangenheit erinnern, machen Siracusa zu einem der sehenswertesten Reiseziele auf Sizilien. Unzählige Ruinen aus antiken Zeiten sind in der schönen Landschaft verstreut. Ein Stadtführer wird uns die wichtigsten Sehenswürdigkeiten zeigen.

7. Tag: Giardini Naxos – Sorrento. Nach kurzer Fahrt der Ostküste entlang, erreichen wir die lebhafteste Hafenstadt Messina, welche heute das «Tor zu Sizilien» bildet. Nur wenige Kilometer trennen hier die Insel Sizilien vom Festland. Nach einer 30minütigen Fährüberfahrt erreichen wir Villa S. Giovanni, die Südspitze Italiens. Weiter nordwärts durch abwechslungsreiche Landschaften nach Sorrento.

8. Tag: Sorrento – südliche Toscana. Fahrt nach Pompeji, der alten römischen Stadt, die 79 n. Chr. verschüttet wurde und so konserviert – in einmaliger Weise erhalten blieb. Unter sachkundiger Führung entdecken wir die Geheimnisse dieser Stadt und sehen u.a. die Villa des Faun, das Forum, das Amphitheater und viele beeindruckende Gebäude mit Malereien und Mosaiken. Am Nachmittag Wei-

terfährt auf der Autobahn via Neapel – Caserta Rom – zu unserem letzten Übernachtungsort in der südlichen Toscana.

9. Tag: Toscana – Schweiz. Fahrt auf der Autobahn via Florenz – Bologna – Mailand zurück in die Schweiz zu den Einsteigeorten.

Preise pro Person

9 Tage, Leistungen gemäss Programm	Fr. 825.-
Zuschlag April-Abfahrten	Fr. 50.-
Zuschlag Freitag-Abfahrten	Fr. 20.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 175.-
Zuschlag Doppel-Aussenkabine	Fr. 40.-
Zuschlag Einzel-Innenkabine	Fr. 60.-
Fak. Ausflug Siracusa	Fr. 50.-
Annulationsschutz obligatorisch	Fr. 15.-

Reisedaten

(Freitag bis Samstag)	(Montag bis Dienstag)
14.03. – 22.03.97	17.03. – 25.03.97
21.03. – 29.03.97	24.03. – 01.04.97
28.03. – 05.04.97	31.03. – 08.04.97
04.04. – 12.04.97	07.04. – 15.04.97
11.04. – 19.04.97	14.04. – 22.04.97
18.04. – 26.04.97	21.04. – 29.04.97
25.04. – 03.05.97	28.04. – 06.05.97

TWERENBOLD-Leistungen

- Fahrt mit klimatisiertem Fernreisebus
- Minikreuzfahrt Genua-Palermo (ohne Mahlzeiten an Bord) Unterbringung in Doppel-Innenkabinen mit Dusche/WC
- Unterkunft in guten Mittelklass- bis Erstklasshotels
- 7x Halbpension (Abendessen und Frühstück)
- Alle Zimmer mit Dusche oder Bad und WC
- Alle aufgeführten Ausflüge (ausgenommen am 6. Tag nach Siracusa)
- Geführte Stadtrundfahrten in Palermo
- Eintritte: Monreale und Pompeji,
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

Abfahrtsorte

Baden-Rüthof/Car-Terminal Twerenbold
Zürich, Basel, Luzern

Für telefonische Anmeldung und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.
Die Platzzuteilung im Car erfolgt nach Eingang der Anmeldung.
1. bis 3. Sitzreihe kann gegen Zuschlag gebucht werden.
Kundenparkplätze in Rüthof vorhanden.

TWERENBOLD
Damit alle gut fahren, seit 1895.
Fislibacherstrasse, CH-5406 Baden-Rüthof, Tel. 056/493 02 02

Anmeldedaten «...und im FRÜHLING nach SIZILIEN»

Name	Vorname
Name	Vorname
Adresse	
PLZ/Ort	
Reisedatum	Zimmer: Doppel <input type="checkbox"/> Einzel <input type="checkbox"/>
Einsteigeort	Telefon
Fakultativer Ausflug ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Eigene Annulationsvers. vorhanden ja <input type="checkbox"/>

JF SCHWEIZ

Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern, dass bei der Berechnung der AHV-Rente nicht nur das eingezahlte Kapital, sondern auch das nach der Pensionierung erhaltene Ersatzeinkommen berücksichtigt werden soll.

Nach dem heutigen System wird die AHV-Rente nur auf Grund des eingezahlten Kapitals berechnet. Wer vor der Pensionierung viel verdient hat, erhält die Maximalrente, schlechter Verdienende müssen sich mit einer kleineren Rente begnügen und können u. U. Ergänzungsleistungen beanspruchen. Unberücksichtigt bleibt, wieviel der Pensionär/die Pensionärin mit anderen Versicherungsleistungen oder durch Vermögensertrag einnimmt. Die Jungfreisinnigen fordern deshalb, dass Pensionen mit hohem Ersatzeinkommen (Grenze z. B. bei 100 000 Fr.) nur noch Anspruch auf eine verminderte AHV-Rente haben. Mit dieser Massnahme könnte ein Beitrag zur Entlastung der AHV-Kasse geleistet werden.

Weiter soll es möglich sein, dass Private AHV-Leistungen anbieten. Dabei müssen u. a. folgende flankierende Bestimmungen erfüllt sein.



Halbherzige Massnahmen vermögen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht zu bremsen. So fordern die Jungfreisinnigen, dass Krankenkassen die Kosten für Medikamente nur noch im Umfang der Preise für Generika (No-name-Produkte) übernehmen.

Will der Konsument trotzdem mit dem Luxusmedikament behandelt werden, hat er den Mehrpreis aus dem eigenen Sack zu bezahlen. Einsparungen in mehrstelliger Millionenhöhe pro Jahr sind mit dieser Massnahme möglich.

Der Vorschlag des Schweiz. Apothekervereins, mittels Abgeltungszahlungen die Abgabe von Generika für Apotheken attraktiv zu machen, erachten wir als wenig sinnvoll: Dies führt bloss zu einer Verlagerung der Krankenkassenausgaben von der Pharma-Industrie auf die Apotheken-Lobby.

Geschlossenheit statt Soloauftritte!

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Präsident einer Lokalsektion mit engem Kontakt zur Basis, zu Mitgliedern anderer Parteien und zur nicht parteigebundenen Bevölkerung stelle ich immer wieder fest, wie das Image der FDP auf lokaler und kantonaler Ebene vorwiegend von der eidgenössischen Ebene bestimmt wird und namentlich unsere Wahlerfolge in starkem Mass, wenn auch nicht ausschliesslich, von der Arbeit der FDP-Fraktion in der Bundesversammlung abhängen.

Nach den Nationalratswahlen 1995 erschien in der NZZ eine

bemerkenswerte Bestandaufnahme des Zustandes unserer Partei. Ich kann mich dieser Beurteilung aus lokaler Sicht vollumfänglich anschliessen. Die Fraktion begeht ständig eine Gratwanderung zwischen geschlossenem Auftreten und häufigen «Soloauftritten» von einzelnen Exponenten, welche den Eindruck einer zielgerichteten Parteipolitik immer wieder in Frage stellen.

In den Medien wird dies immer breit ausgewalzt. Ich übersehe nicht, dass es eine unserer Stärken ist, in Einzelfragen abweichende Meinungen zuzulassen, solange sie noch irgendwie

in die liberale Grundhaltung passen. Diese Stärke wird aber von der Öffentlichkeit eher als Schwäche verstanden.

Mein Wunsch an die Mitglieder der Fraktion der Bundesversammlung ist deshalb, dass jeder und jede Einzelne in Zukunft sorgfältiger abwägt, ob eine von der Fraktionsmehrheit abweichende Meinung lautstark kundgetan werden soll. Die persönlichen Interessen, vor allem im Hinblick auf eine nationale Medienpräsenz, müssen vermehrt hintangestellt werden.

Markus Wydler,
Präsident FDP Romanshorn

Kostenwahrheit im Verkehr: Ein Bumerang?

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Oktober-Ausgabe des «Freisinns» kritisierte der Pressechef der FDP Schweiz die Forderung nach Kostenwahrheit im Verkehr: «Mit (dieser) immergleichen Forderung... trachteten Linke und Grüne danach, den Privatverkehr zugunsten des «guten» öffentlichen Verkehrs einzudämmen... Nun ist dieses Kartenhaus eingestürzt.»

Alle grossen Parteien, auch die FDP, haben sich in ihren Parteiprogrammen die Aufrechterhaltung und Förderung des öffentlichen Verkehrs auf einem angemessenen Niveau auf die Fahnen geschrieben. Unterschiede bestehen natürlich in der Beurteilung dessen, was als angemessen anzusehen ist; darüber darf und soll gestritten werden.

Bei der Frage, wie denn ein angestrebtes Niveau aufrechterhalten bzw. geschaffen werden soll, kann der Freisinn sein liberales Credo einbringen. Während «Linke und Grüne»

(der Ausdruck erinnert fatal an die «Linken und Netten») die Lösung in immer neuen Verboten, Geboten und Behinderungen suchen, müssten gerade die Liberalen dem Markt eine Chance geben. Marktmechanismen funktionieren jedoch vor allem über das Geld – und schon sind wir sehr nahe am Schlagwort von der Kostenwahrheit.

Die Kostenwahrheit (nicht nur, aber auch des Verkehrs) ist das effizienteste Mittel, um in der Volkswirtschaft eine optimale Mittelzuteilung («Ressourcenallokation» im Fachjargon der Ökonomen) zu gewährleisten, ohne dass staatlicher Druck oder Zwang nötig wird. Welches vernünftige Argument kann gegen die Kostenwahrheit eingebracht werden? Wenn irgendeine wirtschaftliche Tätigkeit ihre Kosten nicht deckt, bedeutet dies, dass andere (oft der Staat bzw. die Allgemeinheit) diese Kosten tragen müssen – eine meist still und heimlich vor sich gehende, aber deswegen nicht weniger unsoziale und ineffiziente Lösung.

ente Lösung.

Es stimmt, dass die Forderung nach Kostenwahrheit im Verkehr in der politischen Diskussion sich meist gegen den Privatverkehr richtet, und es scheint mir angebracht, auf die damit verbundene Inkonsistenz hinzuweisen. Deshalb die Kostenwahrheit generell abzulehnen bedeutet jedoch, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Keine andere Partei ist befähigter als die FDP, die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips und damit der Kostenwahrheit zu fordern und danach zu handeln!

Dr. Hanspeter Haltner,
Regionalpräsident der
Umweltliberalen Bewegung
des Kantons St. Gallen,
Algetshausen SG

«Wundermittel» Mehrwertsteuer?



**Wird uns die Steuer- und Abgabenlast bald einmal gänzlich zudecken?
Wenn es nach Bodenmann geht, ja. Den Ausbau des Sozialstaates im grossen
Stil will die SP mit 15 zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten finanzieren.**

Karikatur Andreas Töns

Was ist es?



MRS. Delegiertenversammlung der FDP in Basel: Irgendetwas Interessantes zieht die ganze Aufmerksamkeit von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, Bundesrat Kaspar Villiger, Generalsekretär Christian Kauter und Parteipräsident Franz Steinegger in seinen Bann.

Worum handelt es sich wohl?

Finden Sie es heraus, und senden oder faxen Sie uns Ihre Antwort. Aus den originellsten Einsendungen verlosen wir ein **FDP-Foulard** und ein **FDP-Portefeuille**.

Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, Bundesrat Kaspar Villiger, Generalsekretär Christian Kauter, Parteipräsident Franz Steinegger: Was ist es, das die Aufmerksamkeit der freisinnigen Exponenten so in seinen Bann zieht?

(Photo rufi)

Ich weiss es. Es handelt sich um:

« _____ »

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ/Ort:

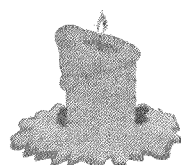
Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb Freisinn, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Abgabenlast hat zugenommen

Wf. Die Abgabenbelastung ist in der Schweiz weiter angestiegen. Wie die Wirtschaftsförderung (Wf) feststellt, belief sich 1994 die Fiskalquote (Anteil Steuern und obligatorische Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des Bruttoinlandproduktes, BIP) auf 33,9%. Verglichen mit 1970 (23,8%) hat die Fiskalquote in den letzten fünf- und zwanzig Jahren um 42% zugenommen. Rechnet man auch die obligatorischen Beiträge an die berufliche Vorsorge mit ein, die hierzulande über den privaten Sektor abgerechnet werden, beläuft sich die Schweizer Fiskalquote auf gegen 40% und übertrifft damit das Niveau wichtiger Konkurrenzländer wie Deutschland, England, USA und Japan.



Alles Gute!



Die FDP-Geschäftsleitung und das Generalsekretariat wünschen allen FDP-Mitgliedern und Sympathisanten frohe Festtage und entbieten die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Wir danken allen Männern und Frauen für ihren Einsatz im zu Ende gehenden Jahr, den sie als Politikerin und Politiker auf jeder Stufe geleistet haben, als Mitarbeiter in den verschiedenen Gremien der Partei, aber auch als Staatsbürger, welche im persönlichen Gespräch mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder für unsere freisinnigen Anliegen eintreten.